

Habeck versucht die Retourkutsche – CDU soll verantwortlich für Energiekrise sein

Welt, 03.06.2024, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus251827868/Habecks-Retourkutsche-CDU-soll-verantwortlich-fuer-Energiekrise-sein.html>

Das Wirtschaftsministerium gibt ein bisher als „Verschlussache – nur für Dienstgebrauch“ eingestuftes Dokument frei. Es geht dabei um einen Vorgang im Sommer 2021, den Robert Habeck in einer späteren Mail als „politische Bombe“ bezeichnete.

Als Wirtschaftsminister Robert Habeck beim kleinen Parteitag der Grünen am Samstag die Union und CDU-Parteichef Friedrich Merz attackiert, geht es ihm nicht nur um einen politischen Angriff, sondern auch um die eigene Verteidigung. „Friedrich Merz, die Union ist verantwortlich für die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“, ruft Habeck. Deutschland hätte sich niemals abhängig machen dürfen vom Gas des russischen Präsidenten Wladimir Putin, das sei der Fehler der Union gewesen.

Hinter diesen Sätzen steckt eine Strategie, die der Union auch bei der für Habeck äußerst lästigen Debatte um den Atomausstieg die Luft aus den Segeln nehmen soll. Denn es bleibt nicht bei der Rede auf dem Parteitag, am gleichen Tag beantwortet auch einer von Habecks Staatssekretären, Stefan Wenzel, einen Brief von Thomas Gebhardt.

Als Obmann der Union im Energie- und Klimaschutzausschuss des Bundestages hatte Gebhardt beim Ministerium weitere Unterlagen über die Entscheidung zum Atomausstieg angefordert. Andere Dokumente sollen „entschwärzt“ werden.

In Wenzels Brief, der WELT vorliegt, geht es dann aber in weiten Teilen gar nicht um den Atomausstieg, sondern darum, wie Deutschland in die Abhängigkeit von russischem Gas geraten konnte. Man erlaube sich, „die Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeiten der letzten drei Kernkraftwerke über den 31. Dezember 2022 hinaus zu verlängern, in den Gesamtkontext der Energiekrise einzuordnen“, schreibt der Staatssekretär.

In sich haben es vor allem die Anlagen, die dem Schreiben beigelegt sind und die WELT ebenfalls vorliegen. Es ist ein Vermerk der Fachleute aus dem Wirtschaftsministerium vom 6. August 2021. Damals war noch Peter Altmaier (CDU) Wirtschaftsminister. Das Papier erreichte mindestens die Schreibtische seiner Staatssekretäre, sie haben den Erhalt quittiert. Es geht darin um die Frage, warum die Gasspeicher in Deutschland so schlecht gefüllt waren.

Russland hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit der Völlinvasion der Ukraine begonnen, noch floss Gas durch eine Pipeline durch die Ukraine und durch die Ostseeleitung Nord Stream 1. Warum also füllten die Russen die Speicher in Deutschland nicht wie gewohnt im Sommer mit Gas auf?

Warnung davor, dass Russland Gaslieferungen als strategisches Mittel einsetzen könnte

Der Schlüsselsatz steht direkt in der Zusammenfassung auf Seite eins des Vermerks: „Hinzu kommt, dass RUS (Russland, die Redaktion) mit Blick auf Nord Stream 2 zurückhaltend nach Nordwesteuropa exportiert und Druck zur (vorzeitigen) Inbetriebnahme der Pipeline aufbauen könnte“, schreiben die Fachleute im Sommer 2021. Es ist die klare Warnung, dass Russland Gaslieferungen als strategisches Mittel einsetzen könnte, um seine Interessen durchzusetzen.

Die Ministeriumsmitarbeiter bleiben vorsichtig: Es ist eine Formulierung im Konjunktiv, auch andere denkbare Ursachen werden angesprochen, es könne auch daran liegen, dass die Gaspreise höher als in anderen Jahren waren.

„Aus Sicht der Gaswirtschaft funktioniert der Markt, die Nachfrage der Händler wird bedient“, heißt es in dem Papier. Doch die Frage bleibt: Hätte Altmaier nicht spätestens in diesem Moment reagieren müssen, als zumindest die Möglichkeit offensichtlich wurde, die Gaslieferungen als Druckmittel einzusetzen?

Damals deckte Deutschland rund 55 Prozent seines Gasbedarfs aus Russland. Und es sollte noch mehr werden: Die Genehmigung für Nord Stream 2, die zweite geplante Pipeline durch die Ostsee, lief – obwohl zahlreiche Verbündete wie die USA vor einer noch stärkeren Abhängigkeit von Russland warnten.

Dass die Gasspeicher vom russischen Staatskonzern Gazprom im Sommer 2021 nicht befüllt wurden „könnte darauf hindeuten, dass RUS geneigt sein könnte, Druck aufzubauen“, schreiben die Beamten. Denn es werde auch nach der geplanten Fertigstellung der Pipeline im November 2021 noch mindestens ein halbes Jahr dauern, bis die nötigen Genehmigungen für den Betrieb vorliegen.

„Durch eine Verknappung des Gases könnte RUS versuchen, eine vorherige faktische Inbetriebnahme zu erzwingen“, heißt es in dem Vermerk. Es sei aber auch nicht ausgeschlossen, „dass es eine rein wirtschaftliche Entscheidung von Gazprom ist“. Denn das zusätzliche Gas, das man hätte einspeichern können, müsste zu teuren Preisen gekauft und durch die Ukraine transportiert werden.

„Das Risiko, dass Russland Energie als Mittel der Erpressung anwendet, wurde also ausdrücklich erkannt“, folgert Habecks Staatssekretär aus dem Vermerk. „Dennoch wurde die Versorgungssicherheitsprüfung, entscheidende Voraussetzung für die noch ausstehende Zertifizierung der Nord-Stream-2-Pipeline durch die Bundesnetzagentur, noch im Herbst 2021 energisch vorangetrieben.“

Noch kurz vor dem Regierungswechsel attestierte der Bericht der Bundesnetzagentur, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist, dass Nord Stream 2 die Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas „nicht gefährdet“. Habeck selbst arbeitete den Bericht über Weihnachten 2021 durch – noch vor dem erneuten Einmarsch Russlands im Februar 2022.

Am 26. Dezember schrieb er in einer E-Mail an seine Mitarbeiter, die WELT ebenfalls vorliegt, der Bericht enthalte „fast schon unfreiwillig komische Formulierungen“ und lese sich wie eine „selbsterfüllende Prophezeiung“. „Ich glaube nicht, dass er die Versorgungssicherheit belegt“, schreibt Habeck.

Dass die Dokumente nun öffentlich gemacht werden, ist kein Zufall

„Aber sie in Frage zu stellen, ist natürlich eine politische Bombe.“ Kabinett und Koalitionsausschuss müssten sich wohl mit der Frage befassen. Dass die Dokumente ausgerechnet jetzt vom Ministerium an den Bundestagsausschuss übersandt und damit bekannt werden, ist natürlich kein Zufall.

Der Vermerk aus dem Sommer 2021 war noch bis vor wenigen Tagen als „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert und daher geheim. Erst am 30. Mai 2024 wurde er „entstuft“.

Habecks Leuten und den Grünen dürfte es um ein politisches Abschreckungsszenario gehen, das Kalkül ist klar: Sollten CDU und CSU tatsächlich einen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen beim Atomausstieg einsetzen, werden die Grünen versuchen, aus dem Atom- einen Gas-Untersuchungsausschuss zu machen. Und sie werden versuchen, insbesondere die Verantwortung der Union für die Energiekrise zu betonen.

Die Analogien sind kaum von der Hand zu weisen: Sowohl bei der Ablehnung einer Laufzeitverlängerung für die letzten drei Atomkraftwerke im Frühjahr 2022, als auch bei der Entscheidung, die Nord-Stream-2-Genehmigung weiter voranzutreiben, gab es Warnungen der Mitarbeiter aus den Fachabteilungen, die jedoch nicht dazu geführt haben, dass die Minister Altmaier und Habeck ihre Entscheidungen veränderten.

Bei beiden Vorgängen muss zudem der historische Kontext jeweils mitgedacht werden, um sie beurteilen zu können. Die Entscheidung, ob es zu einem Untersuchungsausschuss kommt, wird dem Vernehmen nach erst nach der Europawahl getroffen.

Dann wird sich die Frage stellen, wer im Zweifel mehr zu verlieren hat: die Union, die Grünen – oder womöglich die SPD. In Unionskreisen gibt man sich am Sonntag selbstbewusst beim Gas-Thema. Die Verantwortlichen der großen Koalition bei den Gas-Entscheidungen wie Altmaier oder Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) seien inzwischen nicht mehr im Amt, haben entsprechend nichts zu verlieren.

Habeck hingegen will wohl sogar als Kanzlerkandidat der Grünen in die kommende Bundestagswahl gehen. Von den Verantwortlichen im Sommer 2021 seien nur noch zwei in Regierungsämtern, sie hätten am meisten zu fürchten – und beide gehören nicht der Union an, sondern sind Sozialdemokraten: Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und der damalige Bundesfinanzminister. Er hieß Olaf Scholz und ist heute Bundeskanzler.